

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 755

Mittwoch, 25. Mai 2022

29. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Die Wiederwahl von Consuelo Porras stellt das System zugunsten der Eliten wieder her.....	1
»Deswegen müssen wir Kinder und Jugendliche arbeiten«.....	3
Online-Event der Guatemala-Solidarität Österreich, 01.06.2022, ab 19.00.....	4
Studierende besetzen die USAC in Ablehnung der Wahl von Mazariegos zum Rektor.....	4
El Estor: Spirituelle Führerin der Q'eqchi' freigelassen, die der "Hexerei" beschuldigt war.....	5

Die Wiederwahl von Consuelo Porras stellt das System zugunsten der Eliten wieder her

Guatemala, 18. Mai – Nach Auffassung einiger Expert*innen festigt die am 16. Mai erfolgte Wiederwahl von Consuelo Porras zur Generalstaatsanwältin ein System, in dem die Interessen der Eliten Vorrang vor den Rechten der Bevölkerung haben, ein System der Straflosigkeit für die Eliten, die 2015 ins Wanken geraten sind, als die Staatsanwaltschaft (MP) und die Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala (CICIG) wichtige Korruptionsfälle aufdeckten.

Porras kam 2018 durch Ernennung des damaligen Präsidenten, Jimmy Morales, an ihre Stelle. Dies war in einer Zeit, in der öffentlich Stimmung gemacht wurde gegen die CICIG, die es wagte, wichtige Geschäftsleute des Landes in Korruptionsfällen im Bauwesen anzugreifen – und auch die illegale Finanzierung der Partei von Jimmy Morales FCN-Nación verfolgte. Am 16. Mai wiederholte Präsident Alejandro Giammattei in einem öffentlichen Akt in Anwesenheit von Vertreter*innen der drei Staatsgewalten die Ernennung von Morales und bestätigte sie für eine neue Amtszeit.

Die Kritik auf nationaler und internationaler Ebene gegen die Beamtin nutzte wenig. Stattdessen verschärfte sich in den letzten Monaten die Verfolgung von MP-Beschäftigten, Anwält*innen und unabhängigen Richter*innen, die gegen Korruption kämpfen, sowie die Verfolgung der Presse, von Menschenrechtsverteidiger*innen und politischen Gegner*innen. Obwohl die Bevölkerung im Juli und August 2021 nach der Entlassung von Juan Francisco Sandoval, dem Leiter der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECI), den Rücktritt von Porras und dem von Präsident Giammattei forderte, reichte der Aufschrei der Bürger*innen nicht aus.

Sandino Asturias, Generalkoordinator des Zentrums für guatemalteckische Studien (CEG), wies darauf hin, dass die Wiederwahl von Porras nur als Konsolidierung einer Politik angesehen werden kann, die eindeutig einen Ansatz zugunsten der Straflosigkeit verfolgt, insbesondere in den elitären politischen Kreisen: „Korrumpierte Akteure, die davon profitieren, und eine stärkere Kriminalisierung jener Unbequemen, die dieses System in Frage stellen“ werde die Folge sein, sagte er. Als das Parlament und die CICIG 2015 den Korruptionsfall „La Línea“ aufdeckten, der zur Amtsenthebung und Anklage gegen Präsident Otto Pérez und Vizepräsidentin Roxana Baldetti führte, gingen Tausende Guatemalteck*innen auf die Strasse, um gegen das System zu protestieren. Laut Asturias haben die Ereignisse von 2015 in Verbindung mit den Aktionen der MP und einer unabhängigen CICIG das System in Frage gestellt, das als Mechanismus zum Schutz vor Straflosigkeit und Korruption fungiert. „Das ist das System, das sich in den letzten Jahren im Land durchgesetzt hat und wiederhergestellt wird. Heute ist die wirtschaftliche und politische Elite straffrei und dafür kooptieren sie das System“.

Von der Exekutive unter der Leitung von Giammattei über die Justiz bis hin zum Verfassungsgericht (CC) und der Universität von San Carlos (USAC, *s.u., d.Red.*) wurden die Institutionen von Akteuren übernommen, gegen die die verschiedensten Anschuldigungen vorliegen.

Laut Asturias handelt es sich bei einem solchen System nicht um einen Rechtsstaat mit unabhängigen Befugnissen. „Wir erleben, dass die Eliten die Kontrolle, die sie vor 2015 hatten, wieder zurückgewinnen.“

Für Deysee Cotom von der Politischen Vereinigung der Maya-Frauen (MOLOJ) blieb Porras 2021 im Amt, als verschiedene Teile der Bevölkerung ihren Rücktritt und den von Präsident Giammattei forderten, weil sie die Unterstützung der Wirtschaftseliten und der Politik hat – genauso wie der Präsident selbst. „Ich denke, dass die Aussage, dass die Bevölkerung Otto Pérez Molina entfernt hat, ein bisschen naiv ist. Er ist gegangen, weil er nicht mehr die Unterstützung der Wirtschaftseliten hatte und zurücktreten musste. Jetzt wird so etwas nicht geschehen, solange die Eliten die Regierung unterstützen. Sie werden weitermachen, egal wie laut das Volk protestiert“, sagte Cotom.

Die USA und die EU kritisieren die Wiederwahl von Porras

Stunden nachdem Porras von Giammattei in einer Zeremonie im Kulturpalast bestätigt wurde, kündigte der Außenminister der Vereinigten Staaten, Anthony J. Blinken, weitere Sanktionen gegen Porras an. „Die Vereinigten Staaten erkennen Generalstaatsanwältin María Consuelo Porras Argueta aufgrund ihrer Beteiligung an erheblicher Korruption nicht an“, erklärte Blinken.

Auch die Europäische Union (EU) meldete sich zu Wort und stellte fest, dass die Wiederwahl von Porras Anlass zur Sorge darüber gibt, ob Guatemala tatsächlich die Korruption im Land bekämpfen und die Unabhängigkeit der Justiz wahren will. In der Erklärung erinnerte die EU daran, dass unter der Führung von Porras rechtliche Schritte gegen Richter*innen, Anwält*innen und Staatsanwält*innen eingeleitet wurden, die von schwerwiegenden Korruptionsfällen Kenntnis hatten. „Die Generalstaatsanwältin spielt im Kampf gegen Korruption und Straflosigkeit eine entscheidende Rolle“, sagte Sprecher Peter Stano.

Laut Asturias wird mit der Wiederwahl von Porras eine Dynamik entstehen, die weg von individuellen Sanktionen gegen korrupte Akteure vermehrt Sanktionen gegen staatliche Akteure nach sich ziehen wird: „Was wir sehen, ist, dass sich mächtige Gruppen organisiert haben, um die Kontrolle über Justiz und Straflosigkeit aufrechtzuerhalten. Daher richten sich internationale Aktionen mehr gegen diese mächtigen Gruppen“, sagte er. Der Analyst sagte voraus, dass es sicherlich Wirtschaftssanktionen gegen Wirtschafts- und politische Eliten geben werde, weil diese sich an den Geschehnissen beteiligt haben.

Eine Wiederwahl, die erwartet wurde

Die Wiederwahl von Porras war erwartet worden, sagte Deysee Cotom vom MOLOJ. Sie wies darauf hin, dass die letzten Wahlprozesse im Land turbulent und obskur gewesen seien. „Porras stand nicht auf der endgültigen Liste und so war man fast gezwungen, sie auf diese Liste zu hieven, aus der der Präsident sie dann wählen musste“, sagte Cotom und bezog sich auf das Urteil des Verfassungsgerichts (CC), das sieben Mitglieder der Kommission zwang, für Porras zu stimmen (*siehe letzte Ausgabe der Fijate!, d.Red.*). Die Berufungskommission unter dem Vorsitz von Silvia Valdés, Präsidentin des Obersten Gerichtshofs (CSJ), bestand aus 15 Mitgliedern. Valdés versuchte zusammen mit einigen Dekanen und Vertreter*innen des Rats der Anwält*innen und Notar*innen (CANG), den Ausschlag zugunsten von Porras zu geben. Mit dem Beschluss des CC blieb den anderen Dekan*innen nichts anderes übrig, als für sie zu stimmen und sie in die Liste aufzunehmen.

Pedro Camajá von der Sozial- und Volksversammlung (ASP) geht ebenso davon aus, dass die Wiederwahl von Porras genau geplant wurde, seit die Nominierungskommission ihre Arbeit aufgenommen hatte. „Die Tatsache, dass sie nicht in die Liste der sechs Personen aufgenommen wurde, die sich für die Präsidentschaft vorstellen würden, und dass das CC sich für deren Aufnahme in die Liste eingesetzt hat, zeigt, dass es eine geplante Aktion war“, betonte er.

Dann führte der Präsident zwei Interview-Runden mit den Kandidat*innen, eine Aktion, die nach Aussage des Präsidenten ein historisches Ereignis war. „Zum ersten Mal hat der Präsident der Republik zwei Runden öffentlicher Interviews abgehalten, bei denen ich mit den Kandidat*innen sprechen konnte, um mehr über ihre Arbeitspläne zu erfahren“, sagte er in seiner Rede vor der Wiederwahl der Generalstaatsanwältin. Diese Interviews seien von 8 Millionen Menschen [*das kann kaum sein, denn das wären ja fast die Hälfte der Bevölkerung, d.Red.*] gesehen worden, was die Transparenz bestätige, mit der dieser Prozess durchgeführt wurde – und deren Rechtskonformität und Legitimität.

Camajá wies darauf hin, dass für den gesamten „Pakt der Korrupten“, wie das dominierende Bündnis aus Politik, Geschäftswelt und Militär genannt wird, klar war, dass sie die Person sein musste, die in dieser Position bleiben musste. „Sie wird ihre Verfolgung und Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen, Aktivist*innen, Journalist*innen, unabhängigen Richter*innen und Staatsanwält*innen fortsetzen“, sagte Camajá.

An der aktuellen Situation im Land werde sich nichts ändern, solange das System, das keine indigenen Völker und Frauen repräsentiert, bleibe, wie es ist. Dann ändern sich nur ein paar politische Akteure. „Ich denke, dass der einzige Weg aus dieser Lage eine Neugründung eines plurinationalen Staates ist“, sagte Cotom.

Unterdessen begrüßte Camajá die Erklärungen der 48 Kantone und der Vereinigung der Journalist*innen von Guatemala (APG), die sich gegen eine Wiederwahl ausgesprochen hatten: „Ich wiederhole meinen Aufruf an die guatemalteki-sche Bevölkerung, dass wir uns vereinen müssen. Ich denke, es ist an der Zeit, unsere Stimme zu erheben, bis dieser ‚Pakt der Korrupten‘ seine Strategie, unser rechtsstaatliches Leben zu beenden, nicht mehr fortsetzen kann“.

(Prensa Comunitaria)

Washington verurteilt die Wiederwahl von Consuelo Porras und fordert, ihre Ernennung rückgängig zu machen
Zwei der einflussreichsten Stimmen, die sich in den USA zu Wort gemeldet haben, sind die der demokratischen Kongressabgeordneten Gregory W. Meeks und Albio Sires. Der eine ist Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses, der andere Vorsitzender des Unterausschusses für die westliche Hemisphäre (also im Prinzip aller Amerikas). Meeks und Sires gehören zu den meistgehörten Vertretern in Washington zu lateinamerikanischen Themen. „Wir sind enttäuscht zu sehen, dass Präsident Giammattei María Consuelo Porras Argueta erneut zur Generalstaatsanwältin von Guatemala ernannt hat. Ihre Führung der Staatsanwaltschaft war von schweren Rückschlägen bei den Antikorruptionsbemühungen in Guatemala gekennzeichnet, und das US-Aussenministerium hat sie als antidemokratisch und korrupt bezeichnet.“

Meeks und Sires schrieben in einer am 19. Mai veröffentlichten Erklärung: „Sie hat die Arbeit des Sonderstaatsanwalts gegen Straflosigkeit – FECCI – aktiv untergraben und im vergangenen Sommer deren Leiter, Juan Francisco Sandoval, entlassen. Mit der angeblichen Anweisung an die Staatsanwält*innen, bestimmte Fälle aufgrund politischer Erwägungen und besonderer Interessen zu ignorieren, soll sie gegen Korruptionsermittlungen konspiriert haben.“

Die Abgeordneten begnügen sich nicht damit, vor dem schweren Rückschlag zu warnen, den die Ernennung von Porras bedeutet, sondern fordern stattdessen, ihre Ernennung rückgängig zu machen. „Wir sind uns einig im Streben nach Rechenschaftspflicht und Gerechtigkeit in der westlichen Hemisphäre und prangern konsequent die Fortdauer der Korruption in Institutionen an, die für die Aufrechterhaltung der Rechtsstaatlichkeit zuständig sind. Wir fordern Präsident Giammattei dringend auf, die Interessen des guatemaltekischen Volkes an erste Stelle zu setzen, indem er die Palette der rechtlichen Möglichkeiten nutzt, um diese Entscheidung rückgängig zu machen und den Kampf gegen die Korruption wiederzubeleben“, heisst es in der Erklärung.

Die beiden Abgeordneten der Demokratischen Partei gehen davon aus, dass Porras seit 2018 die Zerstörung der Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala (CICIG) überwacht hat und dass seit Beginn ihrer Amtszeit 24 guatemaltekische Richter*innen und Staatsanwält*innen aus dem Land fliehen mussten. Dies sei das Ergebnis der Bemühungen der Generalstaatsanwältin, denjenigen, die Verbrechen bekämpfen, jeglichen Schutz zu entziehen. „Wir begrüßen, dass die Biden-Regierung Porras und ihre unmittelbaren Familienmitglieder von der Einreise in die USA ausgeschlossen und das Engagement der Regierung der Vereinigten Staaten demonstriert hat, die Korruption zu bekämpfen und das Volk von Guatemala in seinem Kampf für die Verteidigung der Demokratie und die Wiederherstellung des Vertrauens in seine demokratischen Institutionen zu unterstützen“, sagen Meeks und Sires. (..)

Das Vereinigte Königreich bezweifelt die Eignung von Porras

Die Ablehnung der Ernennung von Porras wird auch vom Vereinigten Königreich geteilt. In einer Erklärung vom 18. Mai äusserte sich die Lateinamerika-Ministerin Vicky Ford besorgt über die Wiederwahl von Porras zur Generalstaatsanwältin, weil sie auf der Engel-Liste sanktioniert worden sei, aber auch, weil „andere ernsthafte Zweifel an ihrer Eignung bestehen.“ „Das Vereinigte Königreich wird weiterhin eng mit internationalen Partnern zusammenarbeiten, um die Regierung von Guatemala zu ermutigen, die Rechtsstaatlichkeit zu stärken und die Unabhängigkeit der Justiz zu unterstützen und zu respektieren“, sagt Ford. (Prensa Comunitaria)

»Deswegen müssen wir Kinder und Jugendliche arbeiten«

Quetzaltenango, 10. Mai - Ein Gespräch von Thorben Austen mit Jennifer Arevalo und Hector de Leon über die Ausbeutung von jungen Menschen in Guatemala. Die 16-jährige Jennifer Jimena Arevalo Velásquez macht derzeit einen Schulabschluss beim »Centro Ecueménico de Integración Pastoral« (CEIPA) und ist dort in einem Projekt aktiv, bei dem Jugendlichen eine Perspektive von würdevoller Arbeit ohne Ausbeutung eröffnet werden soll. Hector de Leon arbeitet bei CEIPA als Koordinator für die Schulbildung von arbeitenden Kindern.

In Guatemala ist Kinderarbeit ein grosses Problem. Die katholische Organisation CEIPA, für die Sie beide tätig sind, betreibt Schulen für arbeitende Kinder und Jugendliche im Südwesten des Landes. Am 1. Mai wurde von Ihnen ein Demonstrationsblock organisiert. Was wollten Sie mit Ihrer Teilnahme an der 1. Mai-Demo erreichen?

Jennifer Arevalo: Wir wollen der Gesellschaft zeigen, wie die Bedingungen für arbeitende Kinder und Jugendliche sind. Es ist uns wichtig zu zeigen, dass wir eine Stimme haben, unsere Probleme darstellen können und Lösungen einfordern, auch gegenüber der Regierung.

Auf den Plakaten forderten Sie bessere Bildung sowie eine würdevolle Zukunft für alle Kinder in Guatemala. Was muss sich ändern, damit dies erfüllt wird?

J. A.: Die wirtschaftliche Situation muss sich verbessern. Weil das Geld für das Überleben unserer Familien nicht reicht, müssen wir Kinder und Jugendliche arbeiten. Das kann so nicht weitergehen.

Hector de Leon: In Guatemala existieren viele Gesetze, die die Beschäftigung von Minderjährigen regeln. Nur halten sich viele nicht daran. In der Realität arbeiten viele der Kinder, die wir betreuen, mehr als acht Stunden am Tag, manche bis zu 16 Stunden. Wir fordern von der Politik eine gute Bildung, dass Kinder und Jugendliche über ihre Rechte informiert und dass Gesetze zu ihrem Schutz eingehalten werden. Angesichts der aktuellen Wirtschaftslage in Guatemala ist

es leider nicht realistisch, die Kinderarbeit zeitnah komplett zu unterbinden. Der Mindestlohn liegt bei knapp über 3.000 Q (etwa 370 Euro, *d. Red.*). Schon der reicht nicht zum Leben. Viele Eltern oder alleinerziehende Mütter haben nur prekäre Jobs und verdienen zwischen 1.000 oder 1.500 Q im Monat (*etwa 123 bzw. 185 Euro, d. Red.*). Da müssen die Kinder mitarbeiten.

In welchen Bereichen arbeiten Kinder und Jugendliche?

H. L.: Viele Mädchen arbeiten in der Produktion und im Verkauf von Tortillas (Grundnahrungsmittel in Guatemala, *d. Red.*). Die Mädchen, die im Bereich der häuslichen Arbeit arbeiten, werden oft wiederum am stärksten ausgebeutet. Niemand sieht, was im Haus passiert, auch die Behörden und die Eltern nicht. Häufig sind die Arbeitszeiten von früh morgens bis spät abends, die Mädchen haben keine Möglichkeit der Schulbildung, der Lohn ist gering, zum Teil kommt es zu Fällen von sexuellem Missbrauch. Darüber hinaus arbeiten zahlreiche Kinder in der Landwirtschaft mit. Auch dort gibt es viel Ausbeutung. In einem Steinbruch am Rande der Stadt Quetzaltenango arbeiten etliche Kinder, ebenso wie in der Herstellung von Baumaterial, was sehr schwere Arbeit ist. Hier auf dem zentralen Markt in Quetzaltenango arbeiten viele von ihnen als Lastenträger, von früh morgens um zwei Uhr bis 13 oder 14 Uhr. Das ist schwere Arbeit, die körperliche Schädigungen zur Folge hat. Ein weiterer Bereich, in dem Kinderarbeit wegen der Gefahren eigentlich untersagt ist, ist die Herstellung von Feuerwerkskörpern. Wir wissen, dass viele Kinder dort illegal arbeiten, hier in einem Nachbarort von Quetzaltenango beispielsweise. Und dann gibt es auch noch die Kinderprostitution, über die nicht viel bekannt ist.

Auch in Guatemala sind Lebensmittel zuletzt deutlich teurer geworden. Wie wirkt sich das für die Menschen aus?

H. L.: Das ist gravierend. Die Pandemie hatte die wirtschaftliche Lage ohnehin schon sehr verschlechtert, jetzt kommen die Preissteigerungen der letzten Monaten im Zuge des Ukraine-Krieges hinzu. Die Preise für Tortillas sind um etwa 25 Prozent gestiegen, ebenso die für Gas etc. Das zeigt sich auch in der Zunahme von Migrationsbewegungen in Richtung USA. Viele unserer Schüler*innen aus armen Gemeinden verschwinden über Nacht. Von den meisten hören wir nie wieder etwas. Wir wissen nicht, ob sie in den USA angekommen, ob sie inhaftiert, auf dem Weg Opfer von kriminellen Banden geworden oder zu Tode gekommen sind. (Junge Welt)

Passend zu der Thematik:

Online-Event der Guatemala-Solidarität Österreich, 01.06.2022, ab 19.00

Wien, 20. Mai - Online-Event „Perspektiven der guatemalteckischen Jugend im Widerstand“ mit drei jungen Teilnehmer*innen aus unterschiedlichen Gebieten Guatemalas, die uns von ihren jeweiligen lokalen, politischen Kämpfen berichten und uns darüber informieren werden, wie sich die Formen des friedlichen Protests der heutigen Jugend in Guatemala von jenen früherer Generationen unterscheiden. Um teilzunehmen, öffnen Sie bitte den folgenden Link zum Zoom-Meeting am **01.06.2022 (ab 18:55h)** <https://us06web.zoom.us/j/82646920922>.

Die Veranstaltung selbst wird von 19 Uhr bis voraussichtlich 20 Uhr 30 dauern. Eine simultane Übersetzung von Spanisch auf Deutsch findet auf einem von zwei Audio-Kanälen statt. Weitere Informationen entnehmen Sie bitte der offiziellen Einladung zum Event unter <https://www.guatemala.at/perspektiven-der-guatemalteckischen-jugend-im-widerstand/>.

Studierende besetzen die USAC in Ablehnung der Wahl von Mazariegos zum Rektor

Guatemala, 19. Mai – Wenige Tage nachdem der Oberste Universitätsrat (CSU) der Universität San Carlos (USAC) den einzigen zugelassenen Kandidaten, Walter Mazariegos, zum Rektor der Universität gewählt hat, besetzten Studierende die Einrichtungen der Universität "auf unbestimmte Zeit". Sie wehrten sich gegen den Betrug, den sie darin sehen, dass nur 72 von eigentlich 170 Wähler*innen hätten abstimmen dürfen.

Am 19. Mai wurden die Eingänge zur Universität entlang der Avenida Petapa und des Periférico von Studierenden besetzt, die nicht angeben wollten, welcher Fakultät sie angehörten. Nur Mitgliedern der Gewerkschaft der USAC-Beschäftigten wurde Zutritt gewährt. Am Eingang zum Periférico hängten Studierende der Agrarfakultät ein Banner mit den Gesichtern der Vertreter*innen des CSU und dem Gesicht von Henry Campos auf, eines Mitarbeiters der Fakultät für Geisteswissenschaften, der erfolgreich eine einstweilige Verfügung bei der Fünften Kammer des Verwaltungsgericht einreichte und damit die Wahl am 14. Mai mit nur 72 Wählern, alle zugunsten von Mazariegos, möglich machte.

Die Studierenden haben folgende Gebäude seit dem Mittwochabend besetzt: die Institute für Geschichte, Sozialarbeit und Politikwissenschaft, das Museum der USAC (bereits seit dem 27. April besetzt) und das Universität-Zentrum des Südwestens (Cunsoroc). Bisher hat die Aktion der Studierenden Sympathie bei den Beschäftigten dieser Institute hervorgerufen, wie auch bei Mitgliedern der SOS USAC-Gruppe, die Jordán Rodas als Rektorkandidaten befürwortete, sowie im Büro des indigenen Bürgermeisters von Palín, Escuintla.

Pedro Pérez, Generalsekretär der Gewerkschaft, erklärte, dass sie als Arbeitnehmer*innen angesichts der Geschehnisse vom 14. Mai Stellung beziehen müssten und dass sie bei einem Treffen am Dienstag, dem 17. Mai, eine Einigung erzielt

hätten, den Wahlprozess des Rektors, so wie dieser abgelaufen sei, abzulehnen. Ausserdem habe man sich darauf verständigt, den CSU um Neuwahlen zu bitten, sagte Pérez.

Plutarco de León von SOS USAC sagte, dass sie sich zwar selbst nicht an der Besetzung von Gebäuden beteiligten, aber die mutigen Studenten unterstützen würden, die beschlossen hätten, gegen die Korruption und den Wahlbetrug vom 14. Mai zu demonstrieren. „Als SOS USAC begrüssen wir diese Aktion, die eine Demonstration gegen die Verantwortlichen und insbesondere Mazariegos ist“, sagte De León. SOS USAC habe bei dem CSU Revision eingelegt, damit seine Mitglieder die Wahl nicht anerkennen und für ein neues Wahlverfahren stimmen. Es gebe auch mehrere Anträge auf einstweilige Verfügungen, über die noch nicht entschieden wurde.

Nachdem sich die Studierenden am Vormittag noch nicht zur Besetzung der USAC äussern wollten, gaben sie dann doch am Nachmittag eine Pressekonferenz, bei der zu weiteren Protesten gegen den Wahlbetrug aufgerufen wurde. Gestern haben Studierende und Lehrende der Fakultät für Zahnmedizin in einer Aktion vier ihrer Mitglieder an des CSU befragt und den Rücktritt von zweien, Dekan Keneth Pineda und dem Alumni-Vertreter Augusto Wencke, gefordert.

Die Vertreter der Fakultät für Agronomie, Pedro Peláez, Eduardo Villalta, Carlos Vargas und Dekan Waldemar Nufio, wurden ebenfalls von Studierenden dieser Fakultät befragt, damit sie einen Bericht über die Wahlumstände abgeben, die von den Oppositionsgruppen als betrügerisch angesehen werden. Diese durften den Parque de la Industria, wo die Wahl stattfand, am 14. Mai nicht betreten und daher nicht an der Wahl teilnehmen.

Schliesslich ist eine weitere Aktion geplant - der "Marsch für Würde". Der Marsch, der von der Vereinigung der Studierenden der Medizin, der Fakultät für Naturwissenschaften und der Fakultät für Medizin angekündigt wurde, soll auf rechtsstaatliche Prinzipien der Wahlen zum Rektorat der USAC hinweisen und diese verteidigen.
(Prensa Comunitaria)

El Estor: Spirituelle Führerin der Q'eqchi' freigelassen, die der "Hexerei" beschuldigt war

Guatemala, 17. Mai – Eine Gruppe von Bewohner*innen des Viertels Se' Mo' des Dorfes Chichipate in El Estor, Izabal, hat die spirituelle Führerin der Q'eqchi', Adela Choc Cuz, und ihre Tochter Sandra Tec Choc entführt und gedroht, sie lebend zu verbrennen. Nach 18 Stunden erreichte die Polizei in den frühen Morgenstunden dieses Dienstags deren Freilassung. Sie waren beschuldigt worden, für den kritischen Gesundheitszustand der Tochter von Mario Caal Pec verantwortlich gewesen zu sein. In der Zeit, in der die beiden Frauen im Haus von Caal Pec festgehalten wurden, durften sie keine Nahrung oder Wasser zu sich nehmen, ausserdem wurden sie von Familienmitgliedern geschlagen.

Nachdem Beschäftigte des Ombudsmanns für Menschenrechte (PDH) und der Polizei (PNC) ihre Freilassung erwirkt hatten, sagte Adela Choc Cuz gegenüber Prensa Comunitaria: „Ich habe Missbrauch durch die von José geführten Kommission für Kommunale Entwicklung (COCODE) erlitten. Sie kamen, um mein Haus mit Benzin anzuzünden und mich zu verhaften. Ich bin auf der Strasse geblieben, sie haben alles verbrannt, was ich hatte, sie haben die Urkunde für mein Land und 5.000 Q (etwa 550 Euro) in bar verbrannt“, sagte sie.

„Sie beschuldigen mich, eine Hexe zu sein, dabei bin ich nichts weiter als eine spiritueller Führerin. Ich fordere Gerechtigkeit von den Behörden. Herr Simón Tun Sacul griff mich an, drohte, mich zu enthaupten, deutete an, dass er ein Kaibil [*berüchtigte Elitegruppe des Militärs, d. Red.*] sei und warf mich zu Boden. Ich bin keine Kriminelle, ich habe 7 Kinder, sie sind alle gute Menschen. Ich wurde am ganzen Körper mit Benzin besprüht, dafür mache ich die COCODE verantwortlich, die das alles gutheisst.“

Die spirituelle Führerin wurde um 3 Uhr morgens freigelassen, als sich die Gruppe von Menschen auflöste und nur die 15 Mitglieder von COCODE übrig blieben, die sie im Haus von Mario Caal Pec festgehalten hatten. Die Söhne der spirituellen Führerin hatten die PNC benachrichtigt, woraufhin sie freigelassen wurde. Sie erlitt schwere Blutergüsse auf ihrer Stirn. Diejenigen, die sie angriffen, untersagten ihr die Rückkehr in die Gemeinde und sagten, dass sie am 18. Mai eine Versammlung abhalten würden, um vorzuschlagen, sie aus diesem Ort zu vertreiben. Am Morgen dieses Dienstags reichte Adela Choc Cuz eine Beschwerde bei der Staatsanwaltschaft ein.

Sie ist Teil des Anti-Bergbau-Widerstands und Mitglied des Q'eqchi'-Ahnenrates der Gemeinde. Sie wurde von Mario Caal Pec, dem Bruder von Selvin Pec, dem Besitzer des evangelischen Radiosenders La Voz de Chichipate, der Hexerei beschuldigt.

Die Fakten

In der Nacht zum Sonntag, dem 15. Mai, nahm eine Gruppe von Menschen Marta Alicia Cortez (ex-Schwiegertochter von Adela Choc Cuz) gefangen, nachdem die Tochter von Mario Caal Pec an einer Krankheit verstorben war und beschuldigten sie, diese verhext zu haben. Die Gruppe übergoss Frau Cortez mit Benzin und drohte, sie bei lebendigem Leib zu verbrennen, und fragte sie, wer sonst noch daran beteiligt sei, Caal Pecs Tochter zu verhexen, oder wer dafür bezahlt habe. Angesichts der Drohungen gab Cortez an, die spirituelle Führerin Adela Choc Cuz dafür bezahlt zu haben. Am Montag, dem 16. Mai, um 3 Uhr morgens, zog eine Gruppe von 70 bis 100 Personen aus dem Stadtteil Se' Mo' in Chichipate zum Haus von Choc Cuz und zünde es an. Sie flüchtete in das Haus ihres Schwiegersohns José Francisco

Caal. Die Leute warfen Steine auf das Haus und setzten sie Minuten später zusammen mit ihrer Tochter Sandra Tec Choc fest. Das von der Gruppe verursachte Feuer verzehrte ihre Habseligkeiten: Kleidung, Möbel, Küchenutensilien, die Nixtamal-Mühle, den Kühlschrank, eine Nähmaschine und drei Fahrräder.

Nach Angaben der Nationalen Zivilpolizei (PNC) tauchten sie an selbigem Montag um Mitternacht auf, aber als sie versuchten einzugreifen, wurden Steine auf sie geworfen und es sei versucht worden, die Funkpatrouille niederzubrennen. Gegen 3 Uhr morgens sei eine Versammlung mit den Mitgliedern der COCODE abgehalten worden und es sei ihnen gelungen, die Gruppe dazu zu bringen, die zwei Frauen frei zu lassen. Während die COCODE-Mitglieder sie festhielten, übergossen sie sie mit Benzin, später hielt die Familie von Mario Caal Pec sie erneut fest und stachelte Leute an, sie anzugreifen. Nach Angaben des PNC erschien ein örtlicher Friedensrichter gegen 10 Uhr morgens, um sich zu vergewissern, dass die festgenommenen Personen nicht angegriffen und geschlagen worden waren. Laut Polizeiversion war die Familie von Caal Pec für die Förderung von Gewalt und Aggression gegen Adela Choc Cuz und ihre Tochter verantwortlich. Ausserdem hätte sie 27.000 Q [= 3.250 €, d. Red.] für die Freilassung gefordert.

Religiöse Einflüsse könnten die Ereignisse motiviert haben

Humberto Cuc, ein Mitglied des Ahnenrates der Q'eqchi', verurteilte seinerseits die Ereignisse und sagte, Adelina Choc Cuz sei eine spirituelle Führerin und Teil des Rates: "Wir haben Maya-Zeremonien mit ihr durchgeführt. Was mit ihr passiert ist, ist schmerzhaft für sie. Die Leute liegen falsch, wenn sie denken, dass wir durch unsere kulturellen Praktiken Hexerei betreiben. Im Gegenteil: Wir respektieren evangelikale Religionen. Aber wenn sie sehen, dass wir mit Kerzen die Zeremonie des Säens gestalten, beschuldigen sie uns bereits, Hexerei zu praktizieren". Cuc wies auch darauf, dass die Ahnenrät*innen lange Zeit die Wächter*innen der Natur gewesen waren: Sie kümmerten sich um die Hügel und Flüsse. Im Laufe der Zeit änderten die anderen Leute ihre Haltung dazu. „Sie hassen Adelina dafür, dass sie Teil des Anti-Bergbau-Widerstands ist. Der Hass gegen sie begann, als sie alles verbreitete und anprangerte, was der Bergbau allein im Oktober bewirkt hat“.

Juan Castro von der Anwaltskanzlei für indigene Völker sagte, dass die Menschen, die die spirituelle Führerin Adela Choc Cuz angegriffen und festgehalten haben, mutmasslich einen Erpressungsversuch begangen haben, weil sie einen Geldbetrag als Gegenleistung für ihre Freilassung forderten. Die Tatsache, dass sie mit Benzin besprüht wurde, könnte als Folter angesehen werden. Weiterhin begingen die Angreifer das Verbrechen der Entführung und der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. Manchmal greife der Staat in solchen Angelegenheit nicht ein und lasse schwere Verstösse häufig ungestraft. Zudem wies er darauf hin, dass es das Verbrechen der Hexerei nicht gebe.

German Choc vom „Oxlaju Q'anil“-Kollektiv spiritueller Führer*innen verurteilte die Ereignisse und wies darauf hin, dass die Leute, die die spirituellen Autoritäten der Hexerei beschuldigen, diejenigen seien, die eine Kirche besuchen und religiöse Fanatiker*innen seien: „Dieses Problem besteht seit langer Zeit. Viele Male werden spirituelle Autoritäten als Zauberer gebrandmarkt“. Nach Meinung von Choc besteht die Funktion einer spirituellen Autorität in der Gemeinde darin, den Menschen bei der Lösung von Problemen zu helfen und die kulturellen Praktiken der Mayas zu fördern. Sie seien auch diejenigen, die die Zeit berechneten [z.B. *die beste Zeit für Säen, Ernten etc., d. Red.*].

„Ich fordere, dass der Staat klarstellt, dass er diese Fälle bekämpft. Die Kirchen müssten aufhören, spirituelle Führer zu kriminalisieren, und das friedliche Zusammenleben fördern. Ebenso müsste gewährleistet, dass die Q'eqchi' ihre kulturellen und spirituellen Praktiken wie etabliert ausüben können, wie es der Artikel 66 der guatemaltekischen Verfassung vorschreibt. Demnach müsse der Staat die indigenen Lebensweisen, Bräuche, Traditionen, Formen der sozialen Organisation, die Verwendung indigener Kleidung bei Männern und Frauen, Sprachen und Dialekt anerkennen, respektieren und fördern, schloss er. (Prensa Comunitaria)

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnement: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6